

Herr Oberbürgermeister, Herr Beigeordneter, meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates, der Verwaltung, der Medien und vor allem der Bürgerschaft,

in diesem Jahr erfolgt bei den Haushaltsberatungen der Stadt Idar-Oberstein in zweifacher Hinsicht ein gravierender Einschnitt:

1. Die Leitung der Stadtratssitzung hat erstmals der neue Oberbürgermeister Frank Frühauf und der gegenwärtige und zukünftige Stadtvorstand ist auf zwei Personen reduziert.
2. Die ADD hat in ihrer Genehmigung des städtischen Haushalts 2014 festgestellt, dass die Stadt „über die Jahre 2009 bis 2013 ihr Eigenkapital aufgebraucht haben wird, sodass ein „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ entstanden sein wird, wodurch die Stadt wohl als überschuldet gelten muss, was einen Verstoß gegen das gesetzliche Überschuldungsverbot aus § 93 Abs. 6 GemO darstellt.“ Einfach ausgedrückt bedeutet dies: Die Stadt ist pleite.

Die aktuelle Diskussion über den Haushalt 2015 der Stadt Idar-Oberstein ist aus unserer Sicht vor dem Hintergrund dieser personellen und finanziellen Rahmenbedingungen zu betrachten. In den vergangenen Jahren waren die Debatten vielfach geprägt durch lautes Wehklagen über die „böse ADD“, die uns mit immer neuen Vorgaben scheinbar drangsaliert und über die Landes- und Bundesregierungen, die uns zwar zunehmend neue oder erweiterte Aufgaben übertragen, aber dabei permanent das Konnexitätsprinzip verletzen und damit insbesondere finanzschwache Kommunen wie z.B. Idar-Oberstein in den finanziellen Ruin treiben würden.

Die Wiederholung dieser Opferthese ist nur zum Teil berechtigt. Denn zum einen leisten wir uns nach wie vor freiwillige Ausgaben in Millionenhöhe, zum anderen verschlingt die Ausführung der „gemeinen“ Gesetze des Landes und des Bundes keine rund 8 Millionen Euro jedes Jahr aufs Neue. Wir als LUB haben des Öfteren an dieser Stelle die Verschwendungsthese angeführt, die den Fokus auf die Verwaltung und ihr Tun lenkt. Auch diese These erklärt nicht allein das jährliche wiederkehrende Defizit. Es resultiert wohl aus einer Kombination dieser Ursachen, die immer mehr Kommunen an den finanziellen Abgrund drängen. Die ADD hat uns in der oben zitierten Haushaltsgenehmigung für 2014 bereits die Überschuldung prognostiziert, wenn dem so ist, - und wir haben daran keinerlei Zweifel - befinden wir uns in einer nach herrschender Rechtsprechung rechtswidrigen Situation.

Meine Damen und Herren,

wir könnten heute den Haushaltsentwurf wie vorgelegt beschließen und darauf hoffen, noch einmal davon zu kommen. Unser Defizit erhöht sich trotz der von uns weitgehend akzeptierten Sparmaßnahmen und trotz umfangreicher, bereits beschlossener Steuerhöhungen um fast 8,4 Mio. €, was eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr um rund 400 T € bedeutet. Die aktuell noch niedrigen Zinsen geben uns lediglich einen kleinen Zeitgewinn. Man könnte nun wie folgt argumentieren: Wir haben unseren Sparwillen irgendwie gezeigt und Steuern fast nach den Wünschen der ADD erhöht. Damit müsste die Aufsichtsbehörde eigentlich zufrieden sein, zumindest für ein Jahr. Schaut man sich jedoch die Verfügungen der ADD zum städtischen Haushalt genauer an, so droht immer deutlicher die Fremdverwaltung, die Fremdbestimmung, die Notverordnung und somit auch die radikale Kürzung freiwilliger Leistungen per Dekret aus Trier. In der Forderung der ADD nach Einsparung eines ganz konkreten Betrages im Haushalt und der Erhöhung der Grundsteuer B um einen ganz bestimmten Satz wird deutlich, wie tief die ADD schon jetzt in unsere Entscheidungsbefugnis eingreift. Der in der Haushaltsverfügung 2014 enthaltene Appell der ADD „an die Organe der Stadt Idar-Oberstein ihr kontraproduktives Handeln zu überdenken und die längst überfällige Reduzierung

der Liquiditätskredite in Angriff zu nehmen“ spricht eine sehr deutliche Sprache. Die rund 3,6 Mio. EUR, die wir uns jährlich als freiwillige Leistungen noch genehmigen, sind aus Sicht der ADD und auch wohl des Landes ein deutliches Zeichen dafür, dass wir nach wie vor in dem Bewusstsein leben, es ginge uns noch relativ gut. Wenn wir vom Land mehr Geld und weniger Pflichtaufgaben oder die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips fordern wollen, müssten wir an dieser Stelle ein nach unserer Auffassung eigentlich deutliches Zeichen setzen. Es könnte wie folgt aussehen:

Alle freiwilligen Leistungen der Stadt Idar-Oberstein sind im Haushaltsjahr 2015 in der Summe um 10 % zu senken. Konkret bedeutet dies – bei einem Gesamtvolumen von rund 3,6 Mio. € und einem Zuschussbedarf von fast 3 Mio. € - eine Einsparung von rund 300 T €. Die bereits erreichte Verringerung in diesem Bereich gegenüber dem vorigen Haushaltsjahr ist im Wesentlichen nicht durch bewusste Einsparbemühungen, sondern durch die Schließung des Hallenbades während der Umbauphase und die Übertragung der städtischen Volkshochschule auf den Landkreis bedingt.

Ja, dies ist die von Ihnen verschmähte und oftmals belächelte Rasenmäher-Methode. Diese wird seit Jahren von uns ins Feld geführt und es ist für uns nicht nachvollziehbar, was daran so schlecht sein sollte. Natürlich ist deren Anwendung zunächst einmal ein Affront und spiegelt den krassen Gegensatz zwischen den Interessen weiter Kreise der Bevölkerung und unseren Bemühungen um Haushaltskonsolidierung wider. Denn die Bevölkerung nimmt die freiwilligen Leistungen in Anspruch, wir als Stadt können sie aber in vielen Bereichen eigentlich gar nicht mehr leisten. Die Rasenmäher-Methode wird nur deshalb nicht ins Auge gefasst, weil sie unpopulär ist, da sie weite Kreise der Bevölkerung potenziell vergrämt. Die größten Positionen bei den freiwilligen Leistungen sind neben den Defiziten bei den Frei- und Hallenbädern, die Tourismusförderung und die kommunale Wirtschaftsförderung. Könnten wir nicht einmal den Versuch wagen, gerade bei den beiden zuletzt genannten Punkten andere Wege als bisher zu gehen, um die dort entstehenden Defizite abzubauen?

Die Zielsetzung, bei den freiwilligen Leistungen in der Summe 10 % einzusparen, ist auf vielfältige Weise zu erreichen. Dabei ist jedoch ein Höchstmaß an Kreativität bei allen Beteiligten gefordert. Um es noch einmal zu betonen: Es geht immer um die Summe aller freiwilligen Leistungen.

Die Rasenmäher-Methode ist gerecht, weil sie vom Grundsatz her keinen Bereich einem anderen gegenüber bevorteilt. Sie betrifft (fast) alle freiwilligen Leistungsprodukte und an diesen Stellen muss man sich im Einzelfall auch neu einteilen.

Voraussetzung dafür ist, dass man die Bevölkerung deutlich darauf hinweist, dass wir seit Jahren von der Aufsicht immer massiver dazu gedrängt werden, diese freiwilligen Ausgaben drastisch zu reduzieren. Wenn wir es nicht tun, dann wird es die ADD für uns erledigen. Auch wenn diese Methode drastisch sein mag: Ein nicht genehmigter Haushalt kann noch viel größere Nachteile nach sich ziehen.

Vielleicht wird man uns nicht in diesem Jahr den „Freiwilligkeitsstecker“ ziehen, aber das Problem zu vertagen, erhöht das Risiko, dass die ADD für uns entscheidet, auf was wir als Erstes verzichten müssen. Und wo bleibt dabei unsere Verantwortung für den Gesamthaushalt und unsere immer wieder betonte Eigenständigkeit und Eigenverantwortung?

Aber der Rasenmäher darf bei den freiwilligen Leistungen nicht haltmachen.

Deshalb plädieren wir dafür, dass - spätestens ab 2016 - alle Ämter und Abteilungen der Verwaltung ihre Budgets ebenfalls prozentual, nämlich um 5 %, zu kürzen haben. Es ist empirisch nachgewiesen, dass in Zeiten knapper Haushaltskassen die einzelnen Ressorts bei der Abfrage ihrer Finanzbedarfe für das nächste Haushaltsjahr einen eher hohen Ansatz wählen. Die Angst, das Budget gegenüber einer anderen Abteilung abzuwerten und dadurch einen Nachteil zu erlangen, ist nicht verwerflich, sondern verständlich. Tatsache ist, dass ein solcher Ansatz die Abteilungen zu Bewegung und Krea-

tivität zwingt. Auch hier kann man mit einer hierarchischen Strategie – also von ganz oben - für eine gerechte Reduzierung der Etats sorgen, in dem man alle Abteilungen und Budgets gleichermaßen beteiligt. Gewisse Grenzen liegen hier selbstverständlich bei den Pflichtaufgaben, aber auch diese sollten nicht für unantastbar gehalten werden. Jedem Amt oder jeder Abteilung steht es frei, mit guten Argumenten einer Reduzierung der Mittel entgegenzuwirken; reflexartige und nicht durch Argumente gestützte Hinweise auf die Aufgabenerfüllung allerdings wirken in unseren Augen nicht glaubhaft und dienen als Schutzbehauptung. Ein Oberbürgermeister, der seine Verwaltung in diesem Punkt schützt, handelt sicherlich ehrenhaft, aber leider nicht im Sinne der notwendigen Haushaltskonsolidierung.

Diese muss von der Verwaltungsspitze ausgehen. Dabei kann es von Vorteil sein, eine Amtsperiode zu beginnen. Denn hier werden die Grundlagen gelegt und große Änderungen werden ohnehin erwartet. Sparvorschläge sollten in vertrauter Runde innerhalb der Verwaltung ohne Politisierung eingebracht werden - über alle Ämter hinweg und ohne Diskussionschranken. Helfen können hier auch eine Unternehmensberatung oder die Kommunalberatung GmbH.

Für den Haushalt relevant sind kurzfristig zu erzielende Einsparpotenziale und die Konzentration auf die wichtigsten Ausgabe- und Einnahmepositionen, die möglichst geringen rechtlichen Bindungen unterliegen. Die Rasenmähermethode ist nichts anderes als eine gleichmäßige Verteilung von Lasten in kleinen Schritten auf der Grundlage des Vorjahresetats. Also: Gerech! Das Interessante dabei ist, dass so auch durchaus neue Spielräume entstehen können, um freiwillige Leistungen im Einzelfall sogar erhöhen zu können, ohne dadurch das Gesamtziel einer prozentualen Kürzung des jeweiligen Ausgabenbereiches zu verfehlen.

Falls Sie mehrheitlich immer noch an unseren Aussagen zweifeln, möchte ich Ihnen unsere Absicht an einem Beispiel verdeutlichen:

Der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt St. Wendel, Herr Boullion, der mittlerweile zum saarländischen Innenminister aufgestiegen ist und in unserem Nachbarland die Kommunalreform vorantreiben soll, hat die für viele überraschende Aussage getroffen, dass im Bereich der Kommunen jede zehnte Personalstelle entbehrlich sei.

Sofern man diese Aussage eines wahrlich erfahrenen Kommunalpolitikers einmal auf die Stadt Idar-Oberstein übertragen würde, ergäbe sich unter der Annahme von 332 ausgewiesenen und rund 280 tatsächlich besetzten Stellen bei der Stadtverwaltung sowie jährlichen Kosten von rund 50 T € pro Stelle im Jahr ein jährliches Einsparvolumen von 1,4 Mio. €. Im Zeitraum 2005 - 2015 ist die Verwaltung netto um 20 Stellen angewachsen, bei einem Anstieg der Personalkosten von rund 12,8 Mio. € (2005) auf geplante 17,4 Mio. € (2015), was einem prozentualen Anstieg von rund 36 % innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren entspricht. Bei allem Verständnis für die große Bandbreite kommunaler Aufgaben und den zur Aufgabenerledigung notwendigen personellen Ressourcen, stellen wir dennoch die Frage, ob dieser Kostenblock nicht einmal - auch durch eine externe Überprüfung - einer intensiven Betrachtung unterzogen werden sollte. Die notwendige Neueinteilung der Dezernate und die geplante Umsetzung des Organisationsmodells 2020 fordern diese Maßnahme nach unserer Auffassung geradezu heraus. An dieser Stelle wird sich entscheiden, ob der neue Stadtvorstand, dessen Zusammensetzung bereits absehbar ist, Mut beweist oder ob er auf den alten Gleisen weiterfährt und damit die städtische Finanzmisere in den kommenden Jahren noch weiter verschärft. Um es klar auszusprechen: Stellenabbau im öffentlichen Dienst bedeutet für uns nicht Entlassung, sondern geht einher mit Ruhestand, natürlicher Fluktuation und sinnvoller Umverteilung der Gesamtarbeit auf den vorhandenen Stellenapparat. Für einzelne Beschäftigte sind dabei sogar Einkommensverbesserungen aufgrund neuer Stellenbewertungen möglich. Wir malen also kein Horrorszenario an die Wand, sondern verweisen auf das, was im Bereich der privaten Wirtschaft in klar festgelegten rechtlichen Rahmenbedingungen und unter Beteiligung von Arbeitnehmervertretungen längst praktiziert wird.

Bei allen Einsparbemühungen muss man den Beschäftigten der Verwaltung, aber auch der gesamten Bürgerschaft, deutlich aufzeigen, dass wir eigentlich kaum Handlungsfreiheit mehr haben oder sie sehr bald ganz verlieren werden, wenn wir jetzt nicht energisch handeln. Die Verwaltungsspitze hat ja auch keine Hemmungen, das Land RLP oder die ADD als Argument und als scharfen Wachhund anzuführen, wenn es in Ihrem Interesse liegt, ein Lehrschwimmbecken an der einzigen weiterführenden Schule der Stadt zu schließen, das jedoch, und das haben viele von Ihnen stark unterschätzt, eine sehr große öffentliche Bedeutung hat.

Meine Damen und Herren, wir sind eine Problemkommune am Rande der Überschuldung. Wenn wir nicht gemeinsam das Ruder herum reißen - um bei dem vom Beigeordneten Marx bei der OB-Abschiedsfeier kürzlich gewählten Bild zu bleiben - ist der Weg in die finanzielle Unmündigkeit für die Organe der Stadt vorgezeichnet.

Die LUB-Stadtratsfraktion hat in der noch jungen Sitzungsperiode dieses Rates allen, für viele auch belastenden Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer und - allerdings ohne Bauchschmerzen - ebenso der Erhöhung der Vergnügungssteuer zugestimmt. Nun ist nach unserer Auffassung die Verwaltung aufgefordert, darzustellen, welche Einsparmöglichkeiten sie sieht und bereit ist, diese auch zu realisieren, um den verfahrenen Karren der Gemeindefinanzen wieder aus dem Dreck zu ziehen.

Deshalb müssen wir – über das bereits Gesagte hinaus - folgende Maßnahmen ins Auge fassen, um der drohenden finanziellen Fremdbestimmung und damit der Bedeutungslosigkeit dieses Gremiums entgegenzuwirken:

- Verringerung des Zuschussbedarfes bei Einrichtungen, die nur geringe gesellschaftliche Bedeutung haben
- Generelle Haushaltssperren
- Kürzung von Investitionen durch zeitliche Streckungen oder Verzicht
- Weitere Erhöhung von Realsteuern nach einer Beobachtungsphase der jetzigen Erhöhungen
- Bewusster Verzicht auf die Einhaltung von ggf. auch vorgegebenen Standards
- Wiederbesetzungssperren und Reduzierung von Überstunden

Anmerkung hierzu: In Bezug auf personelle Nachbesetzungen ohne vollumfänglich definierten Verwendungsbedarf, hat sich die Verwaltung, aber auch die Mehrheit dieses Rates gerade in der jüngsten Vergangenheit nicht unbedingt mit Ruhm bekleckert.

Weitere Maßnahmen könnten sein:

- Einführung oder deutliche Anhebung eigener Steuern und/oder Erhebung neuer Abgaben
- Anhebung nicht kostendeckender Gebühren (hier ist die Information der Bürgerschaft besonders wichtig)
- Veräußerung von unrentablen Sachanlagen
- Verzicht auf unrentable Einrichtungen der Stadt bzw. deren Umgestaltung
- Neue Einnahmequellen entwickeln (z.B. Energiegewinnungskonzept, veränderte und verstärkte Verkehrsüberwachung)
- Privatisierung von öffentlichen, insbes. befristeten Aufgaben
- Stärkere Beteiligung der Bürger/innen bei städtischen Aufgaben
- Neue, aber nicht mit hohem Risiko behaftete Finanzierungsmodelle (z.B. Genossenschaften)
- Finanzielle Optimierung aller kommunalen Bereiche mit Hilfe externer Beratung

Bei all diesen Vorschlägen ist zu überprüfen, wie diese sich auf den Haushalt insgesamt und die einzelnen Teilhaushalte im Besonderen überhaupt auswirken können. Dringend erforderlich ist aus

unserer Sicht die komplette Analyse unserer Finanz-, Aufgaben-, und Organisationsstruktur durch externe Spezialisten. Der Versuch, eine solch gravierende Umgestaltung mit „Bordmitteln“ bewältigen zu wollen, muss zwangsläufig scheitern, weil damit immer eine gewisse Betriebsblindheit gepaart mit unzureichendem Veränderungswillen einhergeht. Im schlimmsten aller Fälle kann dabei sogar offenkundige Unfähigkeit bei der Bewältigung der notwendigen Veränderungen erkennbar werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Stadt Idar-Oberstein befindet sich - wie dargelegt - sowohl in Bezug auf die Haushalts- als auch hinsichtlich der Personalsituation an einem Wendepunkt. Entweder gelingt es, die seit Jahren andauernde Talfahrt zumindest zu stoppen, oder der weitere Abstieg unserer Heimatstadt ist vorgezeichnet. Die Schlüsselfrage hierzu ist das Thema Stadtentwicklung im Allgemeinen und die Entwicklung der Kernstadtteile im Besonderen. Die begonnenen Projekte „Aktive Stadt“ und „Gemeinsam für Idar-Oberstein“ sind hierfür beispielhaft. Die künftige Aufgaben- und Ämterstruktur der Stadt muss auf dieses Kernziel ausgerichtet sein und auch in der Aufgabenstellung der städtischen Ausschüsse ihren Niederschlag finden. Die Verantwortung hierfür muss beim Oberbürgermeister liegen. Die Fehlentwicklungen der Vergangenheit sind teilweise auch darauf zurückzuführen, dass die Verwaltung scheinbar alterproben Strukturen jahrzehntelang übernommen und nur in Nuancen verändert hat. Was fehlt ist der große Wurf. Die Chance dazu besteht. Die Zusammenlegung von Stadtwerken, Baubetriebshof und Bauverwaltung zu einem technischen Bereich unter Leitung eines Dezenten ist vorgezeichnet, die entsprechenden Synergieeffekte bereits erkennbar. Alte Strukturen müssen aufgebrochen und „Erbhöfe“ beseitigt werden. Auch die Beschäftigten aller Verwaltungsbereiche selbst und der Personalrat sollten dies als Chance und nicht als Risiko begreifen und entsprechend handeln. Das Bewusstsein, in erster Linie als Dienstleister der Bürgerschaft und nicht als Vollzugsorgan öffentlicher Verwaltung tätig zu sein, muss gestärkt und vom Rat in jeder Hinsicht unterstützt werden. Wer den Wandel verspricht, der muss den Wandel auch durchführen. Glaubwürdigkeit und entschlossenes Handeln sind die Eigenschaften, mit denen man in jeder gesellschaftlichen Position, aber erst recht in einer politischen Funktion gewinnen oder verlieren kann. In diesem Sinne wünschen wir dem neuen Stadtvorstand, dessen personelle Zusammensetzung erst im April 2015 für die nächsten acht Jahre festgelegt wird, schon vorab viel Erfolg.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen in der Welt erscheinen die Probleme einer Kleinstadt in Deutschland wahrlich gering. Aber kriegerische Konflikte, politische Verfolgung, Hunger und Vertreibung strahlen ebenso auf unsere kleine Kommune aus. Menschen aus den Krisengebieten in aller Welt suchen bei uns Hilfe und Unterstützung. Auch wenn in erster Linie die Kreisverwaltung Birkenfeld hierfür zuständig ist, sollten wir als die Kommune mit den meisten Asylbewerbern im Kreis, derzeit mehr als 200 Personen, alle Initiativen, die von freien Trägern der Wohlfahrtspflege, den Kirchen und ehrenamtlich Tätigen ergriffen werden, mit den uns möglichen Mitteln unterstützen. Dem neu gewählten Integrationsbeirat der Stadt kommt hierbei eine hohe Bedeutung zu. Denn er ist in besonderer Weise dafür geeignet, eine Brücke zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung zu bilden. Aber auch der Stadtrat und dessen Ausschüsse sollten sich der durch die weltweiten Fluchtbewegungen entstandenen Probleme in geeigneter Form annehmen. Vor über hundertfünfzig Jahren mussten Menschen auch aus unserer Region aus politischen, aber überwiegend aus wirtschaftlichen Gründen ihre angestammte Heimat verlassen. Der Filmregisseur Edgar Reitz hat ihnen in seinem jüngsten Werk ein Denkmal gesetzt. Aus unserer Sicht wäre es zu wünschen, dass wir all denen, die nicht mehr in ihre Herkunftsländer zurückgehen können oder vielleicht auch nicht mehr wollen, in unserer Stadt und in unserer Region eine neue Heimat bieten könnten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.